

# **Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 11.12.2003**

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II  
Sitzungsdauer: 17:00 bis 18:40 Uhr

Den Vorsitz führte: Ratsherr Reinhard Hegewald

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

## **SPD**

Beigeordneter Horst Jahnke  
Ratsherr Bernd Kalkkuhl  
Ratsfrau Marianne Pohlmann  
Ratsherr Kai-Uwe Schulze  
Beigeordneter Johann Südhoff

## **CDU**

Ratsherr Reinhard Hegewald  
Ratsfrau Monika Hoffmann  
Ratsherr Herbert Buisker (für Beigeordneten Heinz-Werner Janssen)

## **FDP**

Ratsherr Heino Ammersken  
Beigeordneter Erich Bolinius  
Ratsherr Meinhard Meißner (für Ratsherr Roland Riese) (ab 18:05 Uhr)

## **Bündnis 90/Die Grünen** (Grundmandat)

Ratsherr Bernd Renken

## **Von der Verwaltung**

Erster Stadtrat Jan Röttgers (bis 18:15 Uhr)  
Stadtrat Martin Lutz  
Städt. Oberamtsrat Dieter Mansholt  
Städt. Oberamtsrat Dieter Denkmann  
Stadtamtsrat Wilhelm Büüsker  
Stadtamtfrau Beate Stomberg  
Stadtoberinspektor Hilko Mannott  
Stadtangestellter Dietmar Grabowski  
Stadtoberinspektor Karl-Ingo Meyer als Protokollführer

2 Vertreter der örtlichen Presse

**Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Hegewald** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 11.12.2003

**Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung festgestellt.

**Punkt : 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 30.10.2003

Auf Nachfrage von **Herrn Renken** korrigiert **Herr Lutz** die Niederschrift Nr. 15 vom 30.10.2003 auf Seite 7, 2. Absatz 2. Satz. wie folgt:

„Die Gewerbesteuer-Einnahme würde insgesamt auf ca. 20,6 Mio. Euro zurückgehen.“

Mit dieser Änderung wird die o.a. Niederschrift genehmigt.

**Punkt : 4** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Keine

### B E S C H L U S S V O R L A G E N

**Punkt : 5** Vorlage 14-693  
4. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung

**Herr Ammersken** stellt klar, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen werde. Wenn es darum gehe, die Kosten der Kommune zu senken, dann sollten alle Entschädigungen auf den Prüfstand gestellt werden.

**Herr Jahnke** gibt zu bedenken, dass Entschädigungen ausdrücklich an die jeweilige Tätigkeit gekoppelt seien. Somit müsse auch bei Wahrnehmung der Tätigkeiten die entsprechende Entschädigung gezahlt werden. Zudem habe derzeit keiner der Ratsmitglieder eine Doppelfunktion. Er sähe somit keinen Handlungsbedarf.

Darauf erwidert **Herr Renken**, dass es in der Vergangenheit zumindest einen Fall gegeben habe, der ja gerade Anlass gewesen sei, die Änderung der Entschädigungssatzung vorzuschlagen. Er wäre dafür, ähnlich wie in anderen Kommunen den vorgeschlagenen Weg zu gehen und doppelte Zahlungen zu unterbinden.

**Beschluss:** Der Rat beschließt die in der Anlage 1 zur Vorlage Nr.: 14-693 beigefügte 4. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Emden über die Regelung des Ersatzes der Auslagen und des Verdienstausfalles der Ratsmitglieder, der Ausschussmitglieder i.S. der §§ 51 (6) und 53 NGO, der Mitglieder der Beiräte in der Stadt Emden sowie ehrenamtlich tätiger Personen.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Dafür: 004  
Dagegen: 008  
Enthalt.: 000

**Punkt : 6** Vorlage T 14-883-1  
Optimierter Regiebetrieb Gebäudewirtschaft

Die Vorlage wird von **Herrn Mansholt** erläutert.

**Herr Lutz** führt weiter aus, dass somit bei den Schulen auch keine Investitionen im Haushalt 2004 berücksichtigt wären. Die Belastung im Haushalt sei die Miete, über welche die Sanie-

## **Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 11.12.2003**

rung der Schulen subventioniert würde. Ein Beispiel seien die Fenster der Herrentorschule, die erneuert werden müssten. Im Gegenzug würden Einsparungen bei den Nebenkosten erzielt (jährliches Ziel bei ca. 100.000 €), wodurch auf Dauer die Sanierungen finanziert würden.

**Herr E. Bolinius** wendet ein, dass die Verwaltung durchaus in der Lage sei, in der vorgeschlagenen Weise eines ORB tätig zu werden und es lediglich um die Verhinderung einer Netto-Neuverschuldung im Haushalt der Stadt Emden ginge.

Die Bemühungen, Verbesserungen zu betreiben, lobte **Herr Jahnke**. Allerdings sei für ihn unverständlich, warum nicht die Gewoba direkt hierfür in Frage komme sondern eine weitere Gesellschaft zu gründen sei.

**Herrn Renken** drängt sich der Eindruck auf, dass es weniger um den ORB gehe sondern eher darum, den Haushalt der Stadt Emden nicht zu belasten. Seines Erachtens hätten die KGSt-Modelle mehr Struktur wie das jetzt vorgeschlagene Modell. Insbesondere würden die Bereiche der Bauunterhaltung und Reinigung fehlen – doch nur, wenn diese im ORB vorhanden seien, wären die angestrebten Synergieeffekte auch zu erreichen. Er fragt nach, ob Gespräche mit denjenigen, die Leistungen in den ORB einbringen könnten, geführt worden seien oder dieses Projekt auf einer ganz anderen Ebene entstanden sei.

Das Prinzip des ORB wird nochmals von **Herrn Lutz** erläutert. Zudem sei es nicht notwendig, dass die Gewoba mit einem Darlehen belastet werde und damit immer ein unternehmerisches Risiko entstehe, zumal es um einen Betrag von rund 5,5 Mio. Euro geht. Gleichzeitig könnte bei Leistungen, die von der Gewoba in Anspruch genommen würden, die Umsatzsteuer eingespart werden.

Bei der Planung werde von einem zeitlichen Rahmen von 3 Jahren ausgegangen, in welchem der komplette städtische Gebäudebesitz in den ORB einfließen würde.

Mit den einzelnen Organisationseinheiten im Hause (BEE, Reinigungsdienst, Hochbau) sei das Modell diskutiert worden. Nur wenn z.B. die städtischen Ingenieure in den freien Wettbewerb einträten, entstehe ein klares Bild, ob wir uns in der freien Wirtschaft behaupten könnten. Gerade aus diesen Gesprächen sei daher das veränderte Modell entstanden.

**Herr Röttgers** ergänzt, dass ihm die Diskussion fast wie eine philosophische Frage vorkomme. Dieses vorgeschlagene Modell sei ein reines „Steuerungsmodell“ ohne Integration der einzelnen Leistungen. Im Gegensatz zu früher würde es nicht dazu führen, dass in Zeiten der Tiefkonjunktur Mitarbeiter z.B. Möbel für die Bediensteten herstellen würden, nur um Arbeit zu haben.

Von **Herrn Jahnke** kommt die Nachfrage, warum es eine Risikominimierung sei, wenn die ORB eine 100-%ige Tochter der Gewoba sei.

**Herr E. Bolinius** ergänzt dies mit dem Verweis auf die Vielzahl der städtischen Gesellschaften und dass damit vieles am Rat vorbeigehen würde. Sein Vorschlag sei, die Vorlage noch einmal in die Fraktionen zu geben.

**Herrn Renken** fehlt zudem eine Perspektive, die seines Erachtens in einem Entwicklungskonzept deutlich werden müsse. Nur durch die Integration bereits vorhandener Ressourcen, eben auch der Mitarbeiter, könnten Synergieeffekte entstehen. Der Sinn könne doch nicht darin liegen, Aufträge nach außen zu vergeben und die Mitarbeiter würden leer ausgehen.

Auf die Frage von **Herrn Jahnke** erwidert **Herr Lutz**, der Vorschlag mit einer Tochtergesellschaft sei von der Steuer- und Wirtschaftsprüferin der Gewoba selbst gekommen. Gerne sei er auch bereit, in jeder Fraktion noch einmal das Konzept zu erläutern. Er verweise zur Klar-

## Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 11.12.2003

stellung auf den Punkt II.1, Satz 1 der „Spielregeln“ zum ORB, wonach sich der ORB vorrangig der städtischen Dienstleister zu bedienen habe.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Bildung eines optimierten Regiebetriebes gem. § 110 Abs. 2 NGO Gebäudewirtschaft zum 1.1.2004.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

Punkt : 7 Vorlage 14-871  
Änderung von § 8 der Hauptsatzung und § 17 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Emden;  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Herr Renken** erläutert nochmals den Antrag. Er sähe keine Gefährdung der Vertraulichkeit, wie von der Verwaltung befürchtet, sondern den überwiegenden Nutzen der Transparenz.

Auch **Herr Ammersken** unterstützt den Antrag aufgrund der besseren Transparenz und weist darauf hin, dass alle Ratsmitglieder zur Vertraulichkeit vergattert seien.

Dagegen sieht **Herr Jahnke** die Notwendigkeit des Antrages nicht. Im übrigen sei es auch so, dass verschiedene Städte ihre Entscheidung für die Öffnung der VA-Sitzungen für die Ratsöffentlichkeit rückgängig gemacht hätten. Es seien im VA alle Fraktionen vertreten und somit ausreichend informiert.

Diese Auffassung wird von **Frau Hoffmann** unterstrichen.

Beschluss: Die Sitzungen des Verwaltungsausschusses finden zukünftig ratsöffentlich statt.  
Paragraph 8 der Hauptsatzung und Paragraph 17 der Geschäftsordnung werden entsprechend geändert.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Dafür: 004  
Dagegen: 008  
Enthalt.: 000

Punkt : 8 Vorlage 14-935  
Vorstellung des Rats- und Bürgerinformationssystems;  
Antrag der SPD-Fraktion vom 27.10.2003

Die Tagesordnungspunkte 8 – 10 werden auf Vorschlag von **Herrn Hegewald** gemeinsam behandelt.

**Herr Büüsker** gibt eine kurze Einleitung zum Thema Rats- und Bürgerinformationssystem.

Das Programm wird von **Herrn Mannott** vorgestellt; insbesondere präsentiert er die Sitzungsunterlagen (Tagesordnungen, Vorlagen und Protokolle).

## **Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 11.12.2003**

**Herr E. Bolinius** fragt an, ob eventuell per EDV-Protokoll festgehalten werde, wer zu welchem Zeitpunkt das Programm genutzt habe, um einem Missbrauch vorzubeugen. **Herr Grabowski** erwidert, dass dieses nicht möglich sei.

Auf Nachfragen werden durch **Herrn Büüsker** noch folgende Erläuterungen gegeben:

- in der vorgestellten Form stünden die öffentlichen Daten ab dem 01.01.2004 im Internet zur Verfügung
- es handele sich hierbei um einen Service der Verwaltung, so dass bis auf weiteres die Unterlagen auch zweigleisig – sprich in Dateiform und Papierform – zur Verfügung gestellt würden
- eine Umfrage unter 16 Städten zum Thema „Papierloses Büro“ habe ein sehr unterschiedliches Bild des Umgangs mit dieser Problematik ergeben. Hinter allem stehe jedoch, welcher finanzielle Aufwand hier betrieben werden solle. Aus seiner Sicht sei die komplette Ausstattung des Rates mit PC´s teurer wie der derzeitige Aufwand (ca. 15.000 € für den Druck der Unterlagen sowie zusätzlich Porto und Personalkosten für die Fertigung und den Versand der Vorlagen etc.)
- derzeit würden die Vorlagen und Protokolle aus dem Jahre 2002 aufgearbeitet, um sie zur Verfügung zu stellen. Im Laufe der Zeit werde man sich dann durch die gesamte 14. Legislaturperiode des Rates zurückarbeiten.

**Herr Renken** sieht es als wichtig an, dass der Rat sich irgendwann entscheiden müsse, wie mit Papiervorlagen umzugehen sei, um doppelte Strukturen abzubauen. Er fragt an, ob die Ratsmitglieder Unterstützung im Umgang mit dem Programm erhalten würden.

**Herr Büüsker** bietet allen eine Einweisung in das Programm an.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 9** Vorlage 14-957  
Dienstleistungen im Internet;  
Antrag der FDP-Fraktion vom 29.10.2003

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 10** Vorlage 14-965  
Umstellung der stadtinternen EDV-Systeme; Antrag der SPD-Fraktion vom 27.10.2003

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 11** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Herr Lutz** gibt bekannt:

- a) der Antrag der SPD-Fraktion zu einer weiteren Resolution zur Gemeindefinanzreform sei verspätet eingereicht worden, werde aber über den VA dem Rat zugewiesen.
- b) Herr Lutz hält eine Power-Point-Präsentation zur Finanzlage der Stadt Emden. Diese ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.
- c) Herr Lutz schließt eine Power-Point-Präsentation zur Übertragung der Haushaltsreste der Stadt Emden an. Diese ist dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

## Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 11.12.2003

### Punkt : 12      Anfragen

- a) **Herr E. Bolinius** spricht das Schreiben von Herrn Koslowski von der Bezirksregierung Weser-Ems an und fragt, ob Herr Lutz nunmehr von der Idee eines neuen Verwaltungsgebäudes Abstand nehmen würde.

**Herr Lutz** erwidert, dass auch ihm ein Schreiben von Herrn Koslowski vorliegen würde, in welchem dieser mitteile, dass noch genauer zu prüfen sei, welches die wirtschaftlichere Variante sei – Miete bzw. Neubau eines Gebäudes oder die Sanierung des alten Gebäudes. Dieses werde derzeit im Hause geprüft.

Sowohl für **Herrn E. Bolinius** wie auch für **Herrn Jahnke** ist dies unverständlich. Sie fragen nach, ob denn die bisherigen Berechnungen nicht korrekt seien.

**Herr Lutz** erklärt darauf, dass aufgrund der geplanten Zusammenlegung der Sozialhilfe mit der Arbeitslosenhilfe der Personalbesatz für die kommenden Jahre derzeit nicht abzusehen sei, dies jedoch Auswirkungen auf die Berechnung haben könne, wie viele Räume im Neubau benötigt werden.

**Herr E. Bolinius** gibt zu bedenken, dass aber zumindest die Investitionen bereits im Haushalt berücksichtigt werden müssten, worauf **Herr Lutz** erwidert, dass Mietzahlungen auch aufgeführt würden.

- b) **Herr Schulze** fragt nach dem Sachstand in Sachen „Nesserlander Schule“.

**Herr Lutz** verweist auf die Presseinformation, die am heutigen Tag versandt wurde. Danach wurden keine Belastungen festgestellt. Zudem habe das Land Niedersachsen im Vorgriff auf den Haushalt 2004 Mittel zur Verfügung gestellt.